

## Schluß-Kundgebung mit dem Kanzler

Durch die tatkräftige Unterstützung der Kreisverbände ist die Eröffnungs-Veranstaltung des Wahlkampfes in der Dortmunder Westfalenhalle ein großer Erfolg geworden. Rund 24 000 Mitglieder und Freunde der CDU aus Nordrhein-Westfalen waren in Sonderzügen, Bussen und auf eigene Faust im Pkw nach Dortmund gefahren. Insgesamt nahmen rund 60 000 Freunde an der großen und eindrucksvollen Veranstaltung teil.

Die CDU Nordrhein-Westfalen bittet nun erneut um die Hilfe der Kreisverbände bei der Vorbereitung der Schlußkundgebung mit Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, die am Freitag, 23. Januar, um 17 Uhr in der Düsseldorfer Philipshalle, Siegburger Straße 15, beginnt.

Ab 16.30 Uhr ist Einlaß in die Halle. Die Zuhörer müssen bis 17 Uhr die Plätze eingenommen haben, da aus dem Programm direkt Fernsehübertragungen geschaltet werden und die Organisation pünktlich ablaufen muß. Ab 17 Uhr spielt die Berlin-Big-Band. Um 17.50 Uhr wird der Film „Unser Kanzler“ gezeigt. Um 18 Uhr Einzug des Kanzlers, Begrüßung durch den CDU-Landesvorsitzenden Professor Dr. Kurt H. Biedenkopf, Rede des Bundeskanzlers, Schlußwort Professor Biedenkopf. Gegen 20 Uhr wird die Veranstaltung beendet sein. Professor Biedenkopf hat vor allem die Kreisverbände in und um Düsseldorf zur Beteiligung an der Veranstaltung aufgerufen. Eintrittskarten und Auskünfte bei den Kreisgeschäftsstellen.

## Fast 1,3 Millionen Bürger unterschrieben die Petition

1277 858 Bürger haben in Nordrhein-Westfalen die Bürgerpetition der Bürgeraktion Schule unterschrieben. Sie votierten damit für den Erhalt des gegliederten Schulwesens im Lande.

„Wir sind stolz auf dieses Ergebnis“, stellte die Vorsitzende der Bürgeraktion, Grete Schneider, jüngst vor der Presse fest. „Die Parteien können an diesem Ergebnis unserer Unterschriftenaktion nicht vorbeigehen.“

Die CDU in Nordrhein-Westfalen hat das ohnehin nicht getan, sondern die Bür-

gerpetition als einzige Partei öffentlich und mit Nachdruck unterstützt. Auch die CDU-Kreisverbände hatten bei ihren Veranstaltungen und im Freundeskreis für die Petition geworben. Die Bürgeraktion dankte den Helfern, die die Unterschriftenaktion unterstützt haben, und allen Bürgern, die die Ziele der Petition mit ihrer Unterschrift besiegelten.

Die Bürgeraktion hat die Unterschriftenlisten zu dickleibigen Bänden zusammenbinden lassen. Sie wollte diesen Bücherstapel dem Präsidenten des NRW-Land-



tages, dem SPD-Abgeordneten Denzer, überreichen. Denzer wurde am 12. Dezember um einen entsprechenden Termin gebeten. Er antwortete: „Ich habe zwar Verständnis dafür, daß die Aktion Schule mit der Überreichung ihrer Petition beim Landtag das besondere Interesse und die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich ziehen möchte, um so die politische Bedeutung ihres Anliegens noch einmal zu unterstreichen. Gerade diese Absicht macht es mir aber unmöglich, Ihrem Wunsch nachzukommen . . . Um Präzedenzfälle und auch nur den Anschein zu vermeiden, als gäbe es Petitionen, denen der Landtag ein besonderes Gewicht beimesse, habe ich es bisher stets abgelehnt, Petenten mit ihrer Eingabe persönlich zu empfangen.“

Die Bürgeraktion ist hingegen der Auffassung, daß die Unterschriften von einem Zehntel aller wahlberechtigten Bürger des Landes sehr wohl ein besonderes Gewicht haben. Sie stellt fest, die Weigerung des Landtagspräsidenten habe „bei den Betroffenen helle Empörung ausgelöst“. Grete Schneider: „Präsident Denzer hat mit seinem Verhalten der Institution Parlament und der parlamentarischen Demokratie schweren Schaden zugefügt und das Vertrauen der Bürger in die demokratischen Staatsorgane empfindlich gestört.“ Die Unterschriftenlisten sollen nun den Fraktionsvorsitzenden des Landtages überreicht werden. Es werde erwartet, „daß die Fraktionen des Landtags, nachdem der Pulverdampf des Bundestagswahlkampfes verzogen ist, nunmehr die Chance wahrnehmen, und sich an einen Tisch setzen, um dem Willen der großen Mehrheit der Bevölkerung zu entsprechen und durch eine einvernehmliche Änderung der Schulgesetze endlich Schulfrieden im Lande herstellen“.

Ein Volksbegehren schließt die Bürgeraktion Schule nicht mehr aus. Grete Schneider: „Mit dem Votum von fast 1,3 Millionen Bürgern können wir uns zu jedem weiteren Vorgehen ermutigt fühlen.“

Der Fraktionsvorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Bernhard Worms, hat die Bürgeraktion Schule zur erfolgreichen Durchführung ihres Begehrens beglückwünscht und erklärt, Hunderttausende von nordrhein-westfälischen Bür-

### Keine Stimme verschenken – beide Stimmen für die CDU

gern hätten damit entschieden ihren Willen bekundet, das bewährte Schulwesen zu erhalten und auszubauen.

Worms kündigte an, daß die CDU der Aufforderung der Bürger an den Landtag, neue gesetzliche Regelungen zum Erhalt unserer Schullandschaft zu schaffen, folgen werde. Worms wörtlich: „Da nur der Landtag über das Gesetzesbegehren der 1,3 Millionen Bürger unseres Landes entscheiden kann, ist es nun unsere Pflicht, entsprechende Initiativen zu ergreifen.“

Worms äußerte Verständnis für die Empörung der Bürgeraktion über die Entscheidung des Landtagspräsidenten, die Unterschriftenlisten der Bürgeraktion nicht persönlich entgegenzunehmen. Er bedauerte, daß der höchste Repräsentant des Landtags diese „Größe“ nicht zeige. „Regierung und Gesetzgeber müssen hunderttausendfach bekundeten Bürgerwillen ernst nehmen. Wer 1,3 Millionen Menschen, die ein wichtiges Anliegen vortragen, vor den Kopf stößt, provoziert Staatsverdrossenheit“, erklärte der CDU-Fraktionsvorsitzende abschließend.



# Mannesmänner trugen Blüm Sorgen vor

**Die Vorsitzenden der CDA-Betriebsgruppen der Mannesmannröhren-Werke aus Düsseldorf, Duisburg und Mülheim an der Ruhr führten über die Situation in der Stahlindustrie, insbesondere des Mannesmann-Konzerns, ein ausführliches Gespräch in Bonn mit dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Dr. Norbert Blüm.**

Die Mannesmänner bedankten sich bei Blüm für seinen tatkräftigen Einsatz und seine Hilfe bei der Gestaltung des Sozialplanes der Röhrenwerke. Ohne die Einflußnahme des Ministers, so die Delegation, wären soziale Härten kaum zu vermeiden gewesen.

Blüm und der stellvertretende Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der Duisburger CDU-Bundestagsabgeordnete Horst Günther, auf dessen Initiative das Gespräch zustande kam, sagten ihren konsequenten Einsatz bei der Sicherung der Montanmitbestimmung zu.

Günther und die CDA-Delegation wiesen den Minister besonders darauf hin, daß

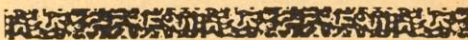
**Keine Stimme verschenken – beide Stimmen für die CDU**

wegen des Konkurrenzdruckes in der EG auch zukünftig mit unterschiedlich hohen, zum Teil versteckten Subventionen zur Sicherung der nationalen Stahlunternehmen zu rechnen sei. Da unterschiedliche Produktions- und Standortbedingungen und unterschiedliche Subventionie-

rung die Stahlpreise erheblich beeinflussen, sei eine echte Konkurrenz nicht darstellbar. Die Vertreter der CDA-Betriebsgruppen empfahlen dem Bundesarbeitsminister, eine Liberalisierung im Stahlbereich der EG sehr moderat zu betreiben.

Sonst bliebe der Bundes- und Landesregierung nichts weiter übrig, als weitere zusätzliche Finanzmittel zur Sicherung der Arbeitsplätze und zum Erhalt der Stahlstandorte zur Verfügung zu stellen. Blüm sagte dieserhalb ein Gespräch mit dem zuständigen EG-Kommissar Karl-Heinz Narjes zu, der ein Verfechter einer beschleunigten Liberalisierung ist.

Die CDA-Delegation bat den Minister dringend, die gesamte Situation sorgfältig mit den Partnern zu erörtern und sich im EG-Bereich nicht nur darauf zu verlassen, daß alle Beteiligten die getroffenen Vereinbarungen auch einhalten.



## CDU-Telefon gibt Antwort

Als eine weitere Initiative hat die Landesgeschäftsstelle der CDU NRW unter dem Motto „Noch Fragen?“ ein Wahlkampftelefon im Heinrich-Köppler-Haus in Düsseldorf eingerichtet. Es hat die Nummer (02 11) 1 36 00 30. Es ist bis zum Wahltag, dem 25. Januar, täglich von 8 bis 18 Uhr (samstags von 8 bis 13 Uhr) besetzt. Wir bitten Sie, diese Information an Mitglieder und Wähler weiterzuleiten. Außerdem werden Mitarbeiter der Landesgeschäftsstelle an mehreren Wahlkampfveranstaltungen mit Bundesrednern teilnehmen und an einem eigenen Informationsstand für Fragen zur Verfügung stehen.



## Aus der linken Ecke

In der Neuen Osnabrücker Zeitung gab der Schriftsteller Günter Wallraff seinen Entschluß bekannt, in die Niederlande umsiedeln zu wollen. Als Grund nannte er, daß sein Telefon seit Erscheinen seines Buches „ganz unten“ abgehört werde und er mit ständigen Hausdurchsuchungen zu rechnen habe. Die Bedrängnis, in der der Mitbürger Wallraff leben muß, ließ den CDU-Landtagsabgeordneten Dr. Pohl nicht ruhen. Er fragte die Landesregierung nach den von Wallraff behaupteten Umzugsgründen. Namens der Landesregierung antwortete jetzt der Justizminister des Landes auf die „Kleine Anfrage“: „Der Fernsprechananschluß des Schriftstellers Günter Wallraff ist nach dem Erscheinen des Buches ‚ganz unten‘ durch Justiz- und Polizeibehörden des Landes Nordrhein-Westfalen nicht überwacht worden. Es sind auch gegen Herrn Wallraff Beschränkungsmaßnahmen aufgrund des Gesetzes zur Beschränkung des Post-, Brief- und Fernmeldegeheimnisses von der Verfassungsschutzbehörde des Landes nicht durchgeführt worden.“ Des weiteren wird angegeben, daß die Wohnung Wallraffs einmal, und zwar am 12. Juni 1986, aufgrund eines Ermittlungsverfahrens der Staatsanwaltschaft München durchsucht worden sei. — Mißt man die Tatsachen an den Behauptungen des Schriftstellers, dann kommt einem in den Sinn, daß Günter Wallraff nicht nur vom Bücherschreiben etwas versteht, sondern auch von verkaufsfördernder Reklame — einer sehr speziellen Form der Reklame, die auf Kosten des demokratischen Rechtsstaates und des Vertrauensgefühls der Bürger in diesen Staat geht. Über die

wahren Gründe der Umsiedlung Wallraffs in die Niederlande muß neu nachgedacht werden.

## CDU-Frauen tagen in Düsseldorf

Die CDU-Frauenvereinigungen Rheinland und Westfalen-Lippe haben für Samstag, 7. Februar, 10 Uhr, in die Düsseldorfer Rheinterrassen, Hofgartenufer 7, Rheingoldsaal, eingeladen. Die Versammlung wird die neue Satzung der CDU-Frauenvereinigung Nordrhein-Westfalen beraten, beschließen und damit den Zusammenschluß auf Landesebene vollziehen. Zu der Versammlung, zu der die Landesvorsitzenden Irmgard Karwatzki, MdB, und Leni Fischer, MdB, eingeladen haben, wird der CDU-Landesvorsitzende, Professor Dr. Kurt H. Biedenkopf, ein Grußwort sprechen. Ein weiteres Referat hält die Bundesministerin Professor Dr. Rita Süßmuth, die Bundesvorsitzende der CDU-Frauenvereinigung.

## Knapp und überzeugend

Die Wirtschaftsvereinigung der CDU NRW hat zwei neue Broschüren herausgegeben, deren Inhalt knapp und faktenreich informiert. Einmal geht es um „Rotgrüne Zukunftsblockade — die Zeche zahlt der Bürger“. Zum anderen werden unter dem Titel „Erfolge der Wirtschaft und erfolgreiche Wirtschafts- und Sozialpolitik“ Zahlen und Grafiken gezeigt, die die positive Entwicklung vieler Einzelthemen anschaulich erläutern. Anforderungen an CDU-Wirtschaftsvereinigung Nordrhein-Westfalen, Wasserstraße 5, 4000 Düsseldorf 1, Telefon (02 11) 13 60 00.